

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at

SPÖ

Aktuell

20. März 2009 - Nr. 11

Gastkommentar von Jugendexperten
Bernhard Heinzlmaier

„Aktion Zukunft Jugend“:

**Jobs und Ausbildung
für 40.000**

Die Jugend ist die Zukunft eines Landes – gute Ausbildung und Arbeitsplätze für junge Menschen haben daher Priorität. Die Wirtschaftskrise wird die Situation am Arbeitsmarkt aber verschärfen – auch für die Jungen. Mit der „Aktion Zukunft Jugend“ will Sozialminister Rudolf Hundstorfer dem entgegenhalten. So sollen heuer 40.000 junge Menschen zwischen 19 und 24 Jahren binnen 6 Monaten entweder einen Job bekommen oder eine Ausbildungsmaßnahme.

Die Sicherung der Arbeitsplätze ist auch von direkter Relevanz für die Pensionen. Anlässlich der jüngst aufgekochten Pensionsfinanzierungs-Debatte hat Bundeskanzler Werner Faymann ein klares Bekenntnis für die Sicherung der Pensionen abgelegt. Klar ist aber, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die beste Methode ist, um dem steigenden Pensionsbedarf durch Bundesmittel entgegenzuwirken. Denn mit neuen Jobs fließen wieder mehr Beiträge ins System.

Als weiteres Thema und Dauerbrenner begleitet uns die Schuldiskussion durchs „SPÖ Aktuell“. Eine Detailauswertung der Leistungen von VolksschülerInnen belegt, wie wichtig der Reformkurs von Claudia Schmied ist.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Jugendbeschäftigung und „Aktion Zukunft Jugend“	4
Schule	6
Pensionen	7
Europapolitik	9
Gastkommentar von Jugendexperten Bernhard Heinzlmaier	14

FRAUENRATGEBERIN 2009

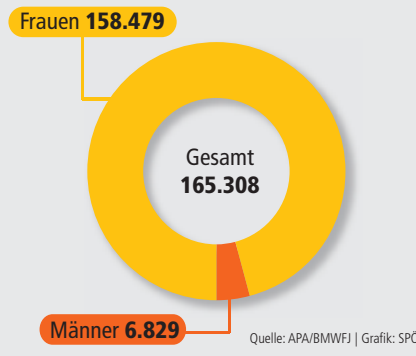
Neuaufgabe auch online und barrierefrei



Die Frauenratgeberin bietet in ihrer 7. Auflage aktuelle Informationen für Frauen, Antworten auf rechtliche, berufliche, soziale, familiäre, bildungsmäßige und gesundheitliche Fragen sowie ein umfassendes Adressenverzeichnis. „Die 'Frauenratgeberin 2009' bietet in kompakter Form einen Überblick über eine große Zahl frauenrelevanter Themen“, so Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Und: es gibt sie auch online! Die Website www.frauenratgeberin.at bietet laufend aktualisierte Informationen – und das barrierefrei!

THEMEN DER WOCHE

Kindergeld-BezieherInnen



Nur 4,1 Prozent der Väter beim Baby

Im Februar 2009 haben 158.479 Frauen und 6.829 Männer (4,1%) Kindergeld erhalten. Väter nehmen besonders gerne die Kurzvariante (maximal 18 Monate) bei höherem Kindergeld in Anspruch, hier beträgt ihr Anteil immerhin 8,1 Prozent. Eine neue, einkommensabhängige Variante des Kindergelds tut daher Not, um den Väteranteil zu steigern. ♦

mitreden.spoe.at

**Meinungsforum:
Haben Schulnoten zuwenig Aussagekraft?**

Österreichs Schulnoten sagen wenig über die tatsächlichen Leistungen aus – das ist eines der Ergebnisse der vor kurzem präsentierten Detailauswertung der großen Volksschul-Lesestudie PIRLS. So wurden vier Prozent der SchülerInnen, die laut PIRLS zu den RisikoschülerInnen (Probleme selbst mit einfachsten Lese-Aufgaben) gehören, trotzdem im Fach Deutsch mit „Sehr gut“ bewertet, weitere 24 Prozent mit „Gut“.

Diskutieren Sie auf www.mitreden.spoe.at darüber, ob Schulnoten genügend über das Können aussagen.



BM Doris Bures und BM Reinhold Mitterlehner

Forschungsgelder für Autzulieferer

Das Infrastrukturministerium (BMVIT) erhöht die Forschungsförderung für die Autobranche in den Jahren 2009 und 2010 um 20 Mio. auf 60 Mio. Euro – das ist ein Plus von 50 Prozent. Seitens des Wirtschaftsministeriums kommen weitere 6 Mio. Euro dazu. 2008 wurden im Bereich des BMVIT für Forschungsprojekte in der Automobilbranche 40 Mio. Euro aufgewendet. Ministerin Doris Bures begründet die Aufstockung damit, dass in wirtschaftlich schwierigen Zeiten schnell gegengesteuert werden muss, um die Beschäftigung zu stützen. Wie wichtig das ist, zeigen auch die Zahlen: Denn im Automobilbereich sind 175.000 Menschen in 700 Betrieben beschäftigt – und diese Branche erwirtschaftet allein mehr als 10 Prozent der gesamten Wertschöpfung. ♦

Zitat der Woche

„Beide Koalitionspartner wissen: Wir können uns nicht zerstreiten, wir haben ein gemeinsames Ziel – Österreich ruhig durch wirtschaftlich schwierige Zeiten bringen.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer, ORF-„Pressestunde“, 15.3.

GEZA: Neue NGO stellt sich vor

Unter dem Motto „Der Welt die Hand reichen“ wurde der Beirat der Gemeinnützigen Entwicklungszusammenarbeit GmbH (GEZA) präsentiert. Die GEZA ist eine neue unabhängige NGO, die sich der Entwicklungszusammenarbeit widmet und sich mit dieser Veranstaltung der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Unter den GratulantInnen waren Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und SPÖ-Sprecherin für Umwelt und Globale Entwicklung, Petra Bayr, sowie der Präsident des Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs, Franz Schnabl. ♦



Franz Schnabl mit Barbara Prammer und Petra Bayr



Zimmer

Es gibt keine einfachen Lösungen

Die Welt und Europa sind heute zu vernetzt, auf zu vielen Ebenen miteinander verwoben, als dass man der Wirtschaftskrise alleine begegnen könnte.

Die globale Wirtschaftskrise ist mittlerweile ein Dauerbrenner in der medialen Berichterstattung. Zahlreiche selbsternannte und tatsächliche Experten melden sich zu Wort und teilen uns ihre Prognosen über Dauer und Ausmaß der Krise mit. Tatsächlich präsentiert sich uns die Wirtschaft derzeit so, dass keine seriösen Vorhersagen darüber möglich sind, wie lange wir noch mit den Auswirkungen des Finanzkollapses konfrontiert sein werden. Eines ist allerdings Gewissheit: Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Faymann hat bereits frühzeitig die richtigen Schritte umgesetzt, damit der Krise bestmöglich begegnet werden kann. Als einer der ersten Staaten Europas haben wir ein Konjunkturpaket geschnürt, das gemeinsam mit Spanien als das weitreichendste und beste Europas gilt. Wir investieren in die Konjunktur, um der drohenden Arbeitslosigkeit in der Krise möglichst entgegenzuwirken und wir setzen alles daran, dass jene, die ihren Job dennoch unverschuldet verlieren, die individuell beste Chance haben, rasch wieder einen Arbeitsplatz zu bekommen.

Keine Frage: Die Bewältigung der wirtschaftlich schwierigen Situation wird das bestimmende Element in der politischen Arbeit des Jahres 2009. Experten gehen davon aus, dass der Spielraum nationaler Regierungen, um den Auswirkungen der Krise zu begegnen, bei rund einem Drittel liegt. Umso wichtiger, dass sich Österreich auch bei der EU für ein umfassendes Konjunkturpaket mit Erfolg stark gemacht hat. Die Welt und Europa sind heute zu vernetzt, auf zu vielen Ebenen miteinander verwoben, als dass man einer solchen Problemsituation alleine begegnen könnte. Die Aufgabe der Politik ist es nun, nicht falsche Erwartungen zu schüren. Auch muss sich jeder eingestehen, dass es keine Anleitung gibt für ein Phänomen, das zumindest alle aktiven PolitikerInnen noch nie erlebt haben. Es ist für politische Entscheidungsträger die wahrscheinlich schwierigste und herausforderndste Zeit. Nur verstecken darf man sich nicht. Mehr denn



BKA

Wir treten mit dem Anspruch an, die EU weiterhin in Richtung einer Sozial- und Beschäftigungsunion gestalten zu wollen.

je muss man nun die Ärmel aufkrempeln und die Gesellschaft bewusst zu mehr an sozialer Gerechtigkeit umformen. Nicht nur hier in Österreich, sondern auch auf internationaler Ebene. Gerade deshalb treten wir auch mit dem Anspruch auf, die EU weiterhin in Richtung einer Sozial- und Beschäftigungsunion gestalten zu wollen. Es muss mittlerweile allen Beteiligten klar sein, dass die EU mehr ist, als nur ein Instrumentarium zur Wahrung der Marktchancen. Soll die EU ein Erfolgsprojekt sein, dann müssen gemeinsame Antworten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Armut gefunden werden. Ansonsten wird sich die Entwicklung weiter verstärken, dass sich die Menschen Europas mehr und mehr von den politischen Institutionen der EU entfremden. Hier setzen wir als Sozialdemokraten an. Das ist unsere Aufgabe, der wir uns stellen.

Ob in Europa, oder in Österreich: Es wird keine einfachen Lösungen gegen den Kon-

junkturabschwung und der damit verbundenen Zunahme der Arbeitslosigkeit geben. Wir machen daher auch keine Versprechen, die wir nicht halten können und sehen der Entwicklung mit dem entsprechenden Realismus, aber auch der nötigen Entschlos-

„Tatsächlich präsentiert sich uns die Wirtschaft derzeit so, dass keine seriösen Vorhersagen darüber möglich sind, wie lange wir noch mit den Auswirkungen des Finanzkollapses konfrontiert sein werden.“

senheit entgegen. Unsere Aufgabe ist es nun, Strategien für die Zukunft zu entwickeln. Die Geschichte hat gezeigt, dass in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gerade jene Kräfte, die die einfachen Lösungen präsentieren, die Verunsicherung und Untergangsszenarien schüren, von den Sorgen und Ängsten der Menschen profitieren wollen. Aber gerade jetzt dürfen wir uns nicht spalten lassen – das Land braucht mehr denn je Zusammenhalt. ♦

BESCHÄFTIGUNG

Kräfte bündeln

Die Wirtschaftskrise macht auch vor den jungen Menschen in unserem Land nicht halt. Mit einem umfassenden Maßnahmenpaket kämpft Sozialminister Rudolf Hundstorfer für die Perspektiven der Jugend.



„Es gibt keine Lehrstelle mehr, die nicht vom Staat gefördert wird“, betont Sozialminister Hundstorfer.

Die gute Nachricht ist: Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Österreich wesentlich niedriger als in den meisten anderen Ländern der EU. Die bessere Nachricht ist, dass Sozialminister Hundstorfer eine Reihe von Maßnahmen auf Schiene bringt, um den prognostizierten Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zu dämpfen und die Qualifizierung von jungen Menschen zu fördern.

„Aktion Zukunft Jugend“: Ausbildung oder Job in 6 Monaten

Die aktuellste Initiative des Sozialministers, „Aktion Zukunft Jugend“, ist ein zielgerichtetes Programm für 19- bis 24-Jährige. Da-

„Die Antwort kann nicht heißen, da ist der Weg zum Sozialamt, sondern die Antwort kann nur heißen, da ist der Weg in einen neuen Job oder in eine neue Qualifikation.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

bei geht es darum, 40.000 jungen Menschen einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen, und zwar innerhalb von sechs Monaten. Wer keinen Arbeitsplatz bekommt, dem steht das gesamte Maßnahmenpaket des AMS zur Verfügung, in erster Linie Qualifizierungsmaßnahmen. „Die Antwort kann nicht heißen,

da ist der Weg zum Sozialamt, sondern die Antwort kann nur heißen, da ist der Weg in einen neuen Job oder in eine neue Qualifikation“, machte Hundstorfer deutlich und betonte, dass für dieses Programm 120 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Für den dementsprechenden Mehraufwand beim AMS werden ab sofort 200 zusätzliche MitarbeiterInnen angestellt.

Konsequente Umsetzung der Ausbildungsgarantie

Ein weiterer Teil des Maßnahmenpakets zur Jugendbeschäftigung ist die Ausbildungsgarantie für Jugendliche bis 18-Jahre. Für jene, die nach der Pflichtschule keinen

für die Jugend

„Es soll kein Jugendlicher auf der Straße stehen.“

Sozialminister Rudolf Hundstorfer

Lehrplatz finden, wurde bereits 2008/09 die überbetriebliche Lehrausbildung eingerichtet. Derzeit steht für 10.000 Jugendliche ein derartiger Ausbildungsplatz zur Verfügung. Bis zum Herbst des heurigen Jahres wird auf 12.000 Ausbildungsplätze aufgestockt, damit alle Jugendlichen, die keine Lehrstelle finden, trotzdem eine Ausbildung genießen können. Sollte die Ausbildungsbereitschaft der Lehrbetriebe aufgrund der wirtschaftlichen Lage sinken, könnte die überbetriebliche Lehrausbildung noch auf 15.000 ausgebaut werden. Im Rahmen dieser Ausbildung werden den Lehrlingen die Kenntnisse des jeweiligen Berufes vermittelt und die gesamte Ausbildung bis zum Lehrabschluss ermöglicht. „Eine bessere Ausbildung der ArbeitnehmerInnen ist ein wichtiger Schlüssel zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der Beschäftigung“, betont Hundstorfer. Daher soll die Zielgruppe Nummer eins künftig sozial benachteiligte und lernschwache Jugendliche sein, denn wie Hundstorfer schon mehrmals betonte, haben 47 Prozent der Arbeitslosen nur einen Pflichtschulabschluss.

Mit allen Mitteln für die Beschäftigung

Insgesamt wird für aktive Arbeitsmarktpolitik heuer eine Milliarde Euro zur Verfügung gestellt. Das ist das größte Arbeitsmarktpaket, das es je gegeben hat. Und dieses beinhaltet das größte Jugendbeschäftigungspaket: 500 Millionen Euro der „Arbeitsmarktmilliarde“ fließen in die Beschäftigung von Jugendlichen: 120 Millionen Euro für die „Aktion Zukunft“, 343 Millionen Euro für Lehrlinge. Zusätzlich profitieren Jugendliche von anderen Programmen, wie etwa der „Regionalen Fachkräftequalifizierung“ und „FIT – Frauen in der Technik“. „Es soll kein Jugendlicher auf der Straße stehen, wir kämpfen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln um jeden Arbeitsplatz“, so Hundstorfer. ♦

INTERVIEW

„Aktion Zukunft Jugend ist zielgerichtete Maßnahme“

Die Bundesvorsitzende der Jungen Generation, Tina Tauß, erklärt, warum die Zielgruppe „Jugendliche“ eine besondere Herausforderung ist und die „Aktion Zukunft Jugend“ deshalb genau das Richtige ist.

SPÖ Aktuell: Welche Auswirkungen hat die Krise auf junge Menschen?

Tina Tauß: Wichtig ist, nicht alle jungen Menschen über einen Kamm zu scheren. Hier handelt es sich um eine sehr inhomogene Gruppe, deshalb sind nicht alle gleich betroffen. Gezielte Maßnahmen für Lehrlinge in Zeiten der Krise zu setzen, ist beispielsweise einfacher, als für Menschen im Alter zwischen 19 und 24 Jahren, die unterschiedliche Ausbildungen haben und unterschiedliche berufliche Wege einschlagen wollen. Stark betroffen von der Krise sind etwa junge Fach- und Hilfsarbeiter oder Maturanten. Diese halten sich nur mit Praktika über Wasser oder rutschen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse ab.

Ist es dann überhaupt möglich, diese inhomogene Gruppe in Zeiten der Krise abzusichern?

Tina Tauß: Sozialminister Hundstorfer hat mit der „Aktion Zukunft Jugend“ gezeigt, dass es Möglichkeiten gibt. 40.000 jungen Menschen im Alter von 19 bis 24 Jahren ist dadurch ein Ausbildungs- oder Arbeitsplatz innerhalb von sechs Monaten garantiert. Das ist ein wichtiger Erfolg für die jungen Menschen und damit für die Zukunft Österreichs.

Ist die Garantie für einen AMS-Kurs für die jungen Menschen tatsächlich eine erfreuliche Maßnahme?

Tina Tauß: Es geht nicht darum, Menschen willkürlich in AMS-Kurse zu stecken, sondern in erster Linie darum, einen Arbeitsplatz für sie zu finden. Sollte das nicht gelingen, ist es wichtig, die Krise sinnvoll zu



Tina Tauß begrüßt Hundstorfers Initiativen für die Jugend.

nutzen, um sich, unterstützt von der öffentlichen Hand, weiterzubilden und zu qualifizieren. So ist die Wahrscheinlichkeit, dass man nach der Krise reibungslos wieder in den Arbeitsmarkt einsteigt, sehr hoch.

Sehen das die jungen Menschen auch so?

Tina Tauß: Sie müssen über ihre Möglichkeiten natürlich informiert sein. Deshalb ist es wichtig, jugendgerechte Informationen bereitzustellen, damit sie einerseits wissen, was sie tun können, andererseits vor Verunsicherung durch andere politische Parteien abgesichert sind. Wichtig ist auch, dass die jungen Menschen dementsprechend betreut werden, denn Arbeitslosigkeit ist keine leichte Situation. Hier wurden erfreulicher Weise bereits Maßnahmen zur Aufstockung von finanziellen sowie personellen Ressourcen beim AMS gesetzt. ♦

BILDUNG

Damit unsere Schulen zukunftsfit sind

Statt Reformstau wie unter Gehrler ist jetzt die entschlossene Fortsetzung der Bildungsreform Gebot der Stunde – für eine gute Zukunft unserer Kinder.



Die Bildungsreformen müssen mit Volldampf weitergehen, das sind wir unseren Kindern schuldig.

Die Folgen sind eindeutig: 40.000 Sitzenbleiber jährlich und rund 150 Mio. Euro für Nachhilfe, die die Eltern berappen müssen. Und immer noch schneiden unsere Schüler bei allen internationalen Tests der letzten zehn Jahre sehr mittelmäßig ab.“ Der, der diesen ernüchternden Befund nach Jahren des Reformstaus in der Gehrler-Schule stellt, ist niemand geringer als Bernd Schilcher – früherer ÖVP-Klubobmann in der Steier-

mark und als anerkannter Bildungsexperte Mitglied der Schulreform-Kommission. Auch die vergangenen Montag präsentierte Detailauswertung der Volksschul-Lesestudie PIRLS 2006 belegt, dass die von Bildungsministerin Claudia Schmied gestartete Bildungsreform im Interesse unserer Kinder konsequent weitergeführt werden muss.

Kein Verlust von LehrerInnen-arbeitsplätzen

Diese Position hat Schmied auch in einem offenen Brief an ihre wichtigsten MitarbeiterInnen, die LehrerInnen, nochmals deutlich gemacht. Es geht um viel: Österreich muss in der Bildung den Anschluss an internationale Entwicklungen schaffen. Und neben den wichtigen Bildungsprojekten (kleinere Klassen, Förderkurse etc.) seien auch das neue Dienst- und Besoldungsrecht mit attraktiven Einstiegsgehältern und die Verbesserung der Lehrerarbeitsplätze Aufgaben, die angesichts des knappen Schulbudgets nur mit Strukturreformen erfüllt werden können. Und Schmied stellt in ihrem Brief nochmals klar: „Es wird bei der Umschichtung der Ar-

SPÖ

„Wir dürfen nicht stehenbleiben, wir müssen den Weg des Aufbaus weiterführen.“

Bildungsministerin Claudia Schmied

beitszeit in das Klassenzimmer NICHT zu einem Verlust von Lehrerarbeitsplätzen kommen.“

Schmied weiß für ihre Bildungsreformen eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung hinter sich: Denn 80 Prozent halten eine Verlagerung der Lehrer-Arbeitszeit zu den Kindern hin für zumutbar. Und Bundeskanzler Werner Faymann hat am Dienstag neuerlich bekräftigt, dass das „Ziel der besseren Schule nicht geopfert wird“. Faymann erwartet jetzt eine gemeinsame Lösung – „je früher, desto besser“, spätestens aber bis zum Budgetabschluss am 21. April. Schmied selbst hat im Vorfeld der Gespräche mit der Lehrer-gewerkschaft betont, dass sie für Maßnahmen (z.B. Streichung der Ganztagsbetreuung) zulasten der Kinder nicht zu haben ist. „Jeder, dem die Schulen und die Schüler wichtig sind, muss eigentlich sagen: Gut, dass es die Frau Ministerin Schmied gibt“, schreibt Bernd Schilcher dazu sehr treffend in einem „Presse“-Kommentar. ♦

ZUM THEMA

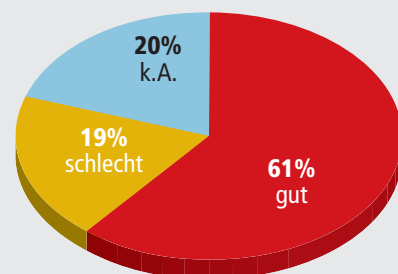
PIRLS-Expertenbericht

Risikoschüler werden oft nicht erkannt

Die Detailauswertung der großen Volksschul-Lesestudie PIRLS zeigt vor allem folgende Probleme auf:

- Mangelnde Vergleichbarkeit und Aussagekraft von Noten: Ein Teil der Risikoschüler wird somit gar nicht erkannt und nicht entsprechend gefördert.
- Bildung und Einkommen der Eltern beeinflussen direkt die Noten und den weiteren Bildungsweg.

Wie bewerten Sie die Arbeit der Bildungsministerin?



Quelle: Gallup | Grafik: SPÖ

Mehrheit sagt: Schmied leistet gute Arbeit

Eine neue Gallup-Umfrage zeigt: 61 Prozent halten Schmied für eine gute Ministerin. Auch beim Regierungs-Ranking ist Schmied populärste Ministerin und klare Nummer 1.

PENSIONEN

Faymann setzt mehr Geld für PensionistInnen durch

Dank Bundeskanzler Werner Faymann und Sozialminister Hundstorfer dürfen sich Österreichs PensionistInnen über eine faire Inflationsabgeltung trotz Wirtschaftskrise und Krisen-Budget freuen.



Die soziale Sicherheit der Senioren ist mit der SPÖ garantiert.

Die letzte Woche im Nationalrat beschlossene Steuerreform bringt Österreichs steuerpflichtigen PensionistInnen zwischen 20 und 50 Euro netto mehr pro Monat. Und die Pensionist-

Innen dürfen mit einer Inflationsabgeltung von ca. 1,9 Prozent rechnen. Nach dem Ministerrat am Dienstag haben sich sowohl Faymann wie auch Hundstorfer festgelegt, dass derzeit kein Handlungsbedarf in Sachen Pensionsreform besteht. Die SPÖ sorgt vielmehr mit entschlossenem Handeln in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für Stabilität. Die rasche Einnigung zur Steuerreform 2009 und die Konjunkturprogramme bringen mehr Kaufkraft für PensionistInnen und einkommensschwache Familien. Bundeskanzler Faymann sieht die Inflationsabgeltung als sehr wichtige Regelung, weil „die Kaufkraft der Pen-

sionisten erhalten werden muss“. Denn wenn SeniorInnen mehr Geld zur Verfügung haben, geben sie mehr aus und beleben so die Konjunktur. Es entstehen neue Jobs und dadurch fließen wieder mehr Beiträge ins System.

„Bei den Menschen, die nach dem Krieg Österreich aufgebaut haben, darf nicht gespart werden“.

Bundeskanzler Werner Faymann

PVÖ-Präsident Karl Blecha dankte Bundeskanzler Werner Faymann für seinen Einsatz bei den Pensionsverhandlungen und für seine klaren Aussagen zur Sicherung der Pensionen sowie der garantierten Pensionssicherung jedenfalls bis 2010.

„Die PensionistInnen profitieren von der Steuerreform und werden mehr Geld im Börsel haben“, freut sich Blecha. ♦

INTERVIEW

SPÖ-Regierung ist starker Bündnispartner

PVÖ-Präsident Karl Blecha resümiert im „SPÖ Aktuell“-Interview über die ersten Monate der Regierung und die Steuerentlastung.

SPÖ Aktuell: Wie beurteilen Sie aus Ihrer Sicht die ersten Monate der Regierung?

Karl Blecha: Positiv. Vor allem Bundeskanzler Werner Faymann, der immer Wort gehalten hat. Zuerst hat er die Kaufkraft der Pensionen gesichert. Dann beherzt als erster in Europa mit Konjunktur-Belebensprogrammen auf die Krise reagiert und alles daran gesetzt, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Und er hat die rückwirkende Steuerentlastung per 1.1.2009 erreicht.

Die Steuerentlastung zielt darauf ab, die Kaufkraft zu stärken. Wie wirkt sich das auf die Senioren aus?

Karl Blecha: Lohnsteuerpflichtige PensionistInnen ersparen sich – je nach Steuerleistung – zwischen 20 und 50 Euro netto monatlich. Und der Pensionistenverband konnte erreichen, dass die Aufrollung sofort erfolgt und daher schon im April bzw. im Mai am Pensionskonto ist. Mit der Anhebung der Lohnsteuerfreigrenze von 975 auf 1.067 Euro werden weitere 80.000 PensionistInnen von der Lohnsteuer befreit.

Sehen Sie in Bundeskanzler Faymann und Sozialminister Hundstorfer Bündnispartner für die Anliegen der Senioren?

Karl Blecha: Gerade die aktuelle De-



PVÖ-Präsident Karl Blecha

batte um die Pensionen hat gezeigt, wie stark die Achse Faymann, Hundstorfer und Pensionistenverband ist. Wir PensionistInnen brauchen bei der Alterssicherung, bei der Pflege, aber auch bei der Gesundheitsreform kompetente und starke Partner. Und das sind Faymann und Hundstorfer, die halten, was sie versprechen! ♦

WAFFENGESETZ

„Außerhalb der humanitären Zivilgesellschaft“

Der FPÖ-Chef outet sich erneut als Waffenfanatiker und schreckt selbst nach den jüngsten tragischen Ereignissen in Winnenden nicht davor zurück, einen leichteren Zugang zu Schusswaffen zu fordern. Für die SPÖ ist das nicht akzeptabel.

Kaum sind die Wellen um die vermeintlichen Wehrsport-Fotos ver-
ebbt, die den FPÖ-Chef in Ju-
gendtagen mit Tarnanzug beim, wie er be-
tont, Paintball-Spielen zeigen, da legt H.C.
Strache mit seiner Forderung nach einem
freieren Zugang zu Schusswaffen nach.
Strache, der sich damit brüstet, früher „ein
wehrhafter junger Mann“ gewesen zu sein,
rückt von seiner Forderung nach einem li-
beraleren Waffengesetz auch nicht nach
dem Schusswaffen-Blutbad eines Schü-
lers in Winnenden (Deutschland) ab. SPÖ-
Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter
bewertet die Strache-Aussage, wonach

**„Keine Gefährdungen unschuldiger
Menschen durch erleichterten
Schusswaffenzugang!“**

**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter**



**SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther
Kräuter: Überwältigende 89 Prozent der
Bevölkerung sind gegen einen leichteren
Schusswaffen-Zugang.**

ohnehin die Mehrzahl der Morde mit Mes-
sern und Hacken erfolgen würden, als be-
sonders zynisch. „Mit seiner Haltung stellt
sich Herr Strache ganz klar außerhalb ei-
ner gemäßigten und humanitären Zivilge-
sellschaft.“ Das spiegelt sich auch in ei-
ner Umfrage wider, die von OGM durch-
geführt wurde. Überwältigende 89 Pro-
zent der Bevölkerung sind gegen eine Er-
leichterung des Zugangs zu Schusswaf-
fen. Die SPÖ respektiere den verantwor-
tungsvollen Umgang mit Waffen von Jä-
gern, Sportschützen und Sammlern im
Rahmen der Gesetze, Zugangserleichte-
rungen kämen aber keinesfalls in Frage,
so Kräuter. Das sieht auch Verteidigungs-
minister Norbert Darabos so, der festhält,
dass der FPÖ-Vorschlag, die Bevölkerung
zur Bekämpfung der Kriminalität mit Waf-
fen aufzurüsten, demokratiepolitisch be-
denklich ist und die inhaltliche Leere die-
ser Partei zeigt. ◆

GESUNDHEIT

SPÖ will gleiches Recht in ganz Europa

Einheitliche EU-weite gesetzliche Rahmenbedingungen für Gesundheitsleistungen wurden bei einer Enquete des SPÖ-Klubs eingefordert.



**SPÖ-Gesundheitssprecherin Sabine Oberhauser initiierte eine hochkarätige Enquete zur PatientInnenmobilität in der EU,
u.a. mit EU-Delegationsleiterin Maria Berger und Gesundheitsminister Alois Stöger.**



Ein gemeinsamer gesetzlicher Rah-
men für Gesundheitsleistungen in
der EU soll zu mehr Sicherheit für
die Patientinnen und Patienten in der EU
führen“, erklärte Gesundheitsminister
Alois Stöger bei der vom SPÖ-Parla-
mentsclub initiierten Veranstaltung „Pa-
tientInnenmobilität – Chance oder Ri-
siko?“, unter der Moderation von SPÖ-Ge-

sundheitssprecherin Sabine Oberhauser.
Eine allgemeingültige gesetzliche Richt-
linie sei unabdingbar, um eine „Rechts-
mittelmöglichkeit“ für die PatientInnen zu
gewährleisten, betonte Maria Berger, De-
legationsleiterin der SPÖ-Europaabge-
ordneten.

Eine einschlägige EU-Richtlinie wird
im April zur ersten Lesung dem Europäi-

schen Parlament vorgelegt. „Überdies
sind finanzielle Kriterien, wie die Kosten-
rückerstattung bei Behandlungen inner-
halb der EU, zu erörtern“, erklärte Stöger
und betonte: „Keinesfalls darf es dazu
kommen, dass die ÖsterreicherInnen
nicht mehr die ihnen zustehenden Ge-
sundheitsleistungen in Anspruch neh-
men können.“ ◆

FSG

Frischer Wind für die EU

Für die EU-Wahl am 7. Juni hat die FSG Evelyn Regner nominiert. Sie will sich für ein sozialeres Europa einsetzen.



Evelyn Regner will ins EU-Parlament, Harald Ettl (rechts) nimmt Abschied. FSG-Vorsitzender Haberzettl (links) ist von Regner als Spitzenkandidatin überzeugt.

beits- und Arbeitszeitrecht. Darüber hinaus will sie den prekären Arbeitsverhältnissen den Kampf ansagen, denn der wirksamste Schutz vor Armut sind laut Regner qualitativ gute Jobs, deshalb muss auf europäischer Ebene mehr für aktive Arbeitsmarktpolitik getan werden.

Politischer Abschied von Harald Ettl

Derzeit nimmt Harald Ettl den Platz für die FSG im Europäischen Parlament ein. Er will sich aber aus der Politik zurückziehen und kandidiert nicht mehr bei den kommenden EU-Wahlen. Ettl ist bereits 1996 ins EU-Parlament eingezogen, vorher war er im ÖGB und als Gesundheitsminister tätig.

„Unser Ziel ist es, das Europäische Parlament mit jenen Personen zu versehen, die unsere Interessen vertreten – nämlich Europa sozialer zu gestalten.“

Evelyn Regner

Ettl hat sich den Fragen Europas immer gern verschrieben, wie er betont. Die Beschäftigung mit der EU begann er schon lange vor seinem Antritt als EU-Parlamentarier. Bereits als Gesundheitsminister hat er gemeinsam mit Heinrich Neisser ein Parteienabkommen zum EG-Beitritt ausgearbeitet, dieses war die Grundlage für das spätere Beitrittsansuchen, das der damalige Außenminister Mock gestellt hat. Im EU-Parlament hat sich Ettl dann für eine strengere Regulierung der Finanzmärkte und für mehr Mitsprache von Arbeitnehmervertretungen auf EU-Ebene eingesetzt. Mit Harald Ettl nimmt ein Politiker Abschied, der nicht nur die österreichischen sondern alle ArbeitnehmerInnen Europas gut vertreten hat, wie Haberzettl betont. ♦

Die FSG (Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im ÖGB) hat sich entschieden. Sie schicken Evelyn Regner ins Rennen um einen Sitz im Europäischen Parlament. FSG-Vorsitzender Wilhelm Haberzettl ist überzeugt, dass die FSG mit Regner eine ausgezeichnete Wahl getroffen hat, sie sei für die Arbeit als EU-Abgeordnete prädestiniert. EU-Erfahrung kann die FSG-Spitzenkandidatin bereits vorweisen, sie war nämlich von 1999 bis Ende 2008 Leiterin des ÖGB-Europabüros in Brüssel und Mitglied des EGB-Vorstandes. Ihr Ziel ist es, im Europäischen Parlament daran mitzuarbeiten, Europa sozialer zu gestalten. Für sie ist es wichtig dafür zu sorgen, dass nicht „die Arbeitnehmer die Zeche für die Finanzkrise zahlen“. Sie will sich daher für eine gerechte Steuer- und Budgetpolitik einsetzen und auch dafür, dass mehr Geld für die Krisenbekämpfung in die Hand genommen wird. Eine weitere FSG-Forderung, für die die Juristin mit Vehemenz eintreten will, ist die Einführung von europaweiten sozialen Mindeststandards, hier vor allem im Ar-

JUNGE GENERATION

Europa mitgestalten

Mit den „Europatalks“ wollen JG und BSA den SPÖ-Mitgliedern einen neuen Zugang zur Europapolitik ermöglichen

„Die EU-Wahl ist spannend – aus dem innenpolitischen Gesichtspunkt, aber vor allem, weil es um die Zukunft Europas geht“, so die Leiterin der SPÖ-Delegation im EU-Parlament, Maria Berger, im Rahmen der Veranstaltung „Europatalk“. Die gut besuchte Auftaktveranstaltung, organisiert von der Jungen Generation und dem Bund Sozialdemokratischer AkademikerInnen (BSA), war der Startschuss für eine innovative Veranstaltungsreihe deren Ziel es ist, dass sich SPÖ-Mitglieder intensiv mit der Europäischen Union auseinandersetzen. Die Besucherinnen hatten zunächst die Gelegenheit, sich bei der sogenannten „Europa-Melange“ selbst Gedanken zu den wichtigen Themen zu machen. Besonders interessiert zeigten sich die Besucher an der Regulierung der



Die SPÖ-EU-Abgeordneten Swoboda und Berger diskutierten über die Möglichkeiten sozialdemokratischer Europapolitik.

Finanzmärkte, Jugendarbeitslosigkeit, Daseinsvorsorge und sozialer Sicherheit. Anschließend wurden die vorgebrachten Ideen mit den SPÖ-EU-Abgeordneten Maria Berger und Hannes Swoboda diskutiert. JG-Vorsitzende Tina Tauß ist davon überzeugt, dass die Veranstaltungsreihe ein Erfolg wird, denn „wir bieten mit den Europatalks unseren Mitgliedern eine Plattform, auf der sie gemeinsam mit den SPÖ-EU-Abgeordneten die zukünftige Politik SPÖ in Europa mitentwickeln können“.

NATIONALRAT

Heiße Tage im Parlament

Eine arbeitsreiche Woche haben die ParlamentarierInnen hinter sich gebracht. In einer Monstersitzung wurden drängende Probleme zur Zufriedenheit aller gelöst.

In der letzten Nationalratssitzung wurden drei wichtige und lang diskutierte Maßnahmen beschlossen: Die Steuerentlastung, das Aufenthaltsrecht und das zweite Gewaltschutzpaket. Die Steuerentlastung in der Größenordnung von 2,3 Milliarden Euro ist „sozial ausgewogen, bringt den BürgerInnen etwas und stärkt die Konjunktur“, betonte Klubobmann Josef Cap in seiner Rede im Plenum. Auf Drängen der SPÖ ist es gelungen, die Steuerentlastung bereits 2009 und nicht, wie vom Koalitionspartner gewünscht, erst 2010 zu beschließen. Vor allem kleine und mittlere Einkommen profitieren davon, mit 88 Prozent des Volumens kommt ihnen der Großteil zu Gute. Auch die Entlastung der Familien ist „überlegt und finanzierbar“, ist Cap überzeugt. So werden etwa die Kinderabsetzbeträge für alle Kinder von 610 auf 700 Euro erhöht und ein Kinderfreibetrag von 220 Euro wurde beschlossen. Absetzbar ist auch die professionelle Kinderbetreuung mit einem Betrag von 2.300 Euro pro Jahr und Kind bis zum 10. Lebensjahr.

Ebenfalls geregelt wurde im Nationalrat das humanitäre Aufenthaltsrecht. Die Gesetzesänderung ist durch einen Spruch des



SPÖ-Klubobmann Cap: Steuerentlastung ist sozial ausgewogen.

VfGH notwendig geworden, der eine Reparatur bis Ende März eingefordert hat. Stein des Anstoßes war, dass es bisher keine geregelte Antragsmöglichkeit für den humanitären Aufenthalt gegeben hat. Jetzt haben Men-

schen, die vor 1. Mai 2004 ins Land gekommen sind, die Möglichkeit, sich direkt beim jeweiligen Bundesland um einen humanitären Aufenthalt mittels Antrag zu bemühen, entschieden wird dann im Innenministerium. Für SPÖ-Integrationssprecherin Angela Lueger ist die neue Regelung „ein guter Mittelweg zwischen Humanität und Rechtsstaat“. Als „Lösung im Interesse der Republik, der ÖsterreicherInnen und jener, die unserer gemeinsamen Hilfe bedürfen“, bezeichnet SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl die Neuregelung des Aufenthaltsrechts.



SPÖ-Integrations-sprecherin Angela Lueger

Opferschutz verbessert

Besserer Opferschutz wird mit dem zweiten Gewaltschutzpaket gewährleistet. Das Wegweiserecht wird dadurch ausgebaut und ein Tatbestand für fortgesetzte Gewaltausübung wird nun im Gesetzbuch verankert. Für SPÖ-Frauensprecherin

Gisela Wurm ist das zweite Gewaltschutzpaket ein wichtiger Schritt, denn nur ohne Furcht können Frauen ein selbstbestimmtes Leben führen. ♦



Der Planarsaal muss dringend renoviert werden.

Lehmann

PARLAMENT

Hohes Haus wird umgebaut

In Gutachten hat zuletzt schwere Mängel im Hohen Haus festgehalten, darunter veraltete Elektroinstallationen, schadhafte Dachkonstruktionen und fehlende Brandschutzmaßnahmen. Jetzt können die Sanierungsmaßnahmen anlaufen, denn der Nationalrat hat letzte Woche mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, BZÖ und Grünen den Parlaments-Umbau beschlossen. Dazu gehört auch die Neugestaltung des Plenarsaals, die bis 2012 abgeschlossen sein soll und

auch Maßnahmen zur Barrierefreiheit umfasst. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, die sich persönlich ein Bild von den Schäden machte, unterstrich: „Das Haus darf nicht dem Verfall preisgegeben werden. Denn es handelt sich nicht nur um ein historisch und architektonisch wertvolles Gebäude, sondern um das Herz der Republik.“ Umso dringlicher seien da die geplanten Maßnahmen, mit denen das Haus „fit für die nächsten Generationen“ gemacht wird. ♦

Politik

Wir bauen Europa neu

Ein Appell an die BürgerInnen, Europa mitzugestalten – denn nur dann werden sich die Bewohner dort auch wohl fühlen.

Inmitten globaler Krisen – der Finanzkrise, der Lebensmittelkrise, des Klimawandels – steckt der Global Player EU nicht zufällig in einer demokratischen Legitimationskrise. Die Regierungen sind mit „ihrem“ Projekt einer aggressiven, marktliberalen und unökologischen Union mehrfach an den Bevölkerungen gescheitert. Dabei wäre ein Mehr an Miteinander innerhalb der Union und über ihre Grenzen hinaus gerade jetzt notwendig und machbar. Politisch engagierte Menschen

plädieren seit Jahren für ein demokratisches, soziales, ökologisches und friedliches Europa. Und sie sind sich einig: Die Bewohner des Hauses Europas werden sich in diesem nur wohl fühlen, wenn sie über die Konstruktion und Ausgestaltung mitbestimmen dürfen. Das neue Buch von Attac ruft die LeserInnen zu aktiver Beteiligung am demokratischen Neubau des Hauses Europa auf und beschreibt konkrete Alternativen in allen Politikbereichen. ♦

Außenpolitik

Das postamerikanische Zeitalter

Warum wir am Beginn eines neuen Zeitalters stehen – und dennoch ein starkes Amerika brauchen.

Trotz der globalen Finanzkrise erleben Staaten wie Indien, China, Brasilien, Südafrika oder Russland seit vielen Jahren ein beispielloses Wirtschaftswachstum. Der zunehmende Wohlstand in diesen Ländern verschiebt nicht nur die weltweiten ökonomischen Kräfteverhältnisse, sondern bringt auch ein neues politisches Selbstbewusstsein dieser Länder mit sich, das in Europa und den USA zumeist skeptisch betrachtet wird. Fareed Zakaria, Bestseller-Autor und einer der renom-

miertesten außenpolitischen Kommentatoren unserer Zeit, ist jedoch davon überzeugt, dass der „Aufstieg der Anderen“ keine Gefahr für die internationale Gemeinschaft sein muss. Vielmehr liegt es am Westen, ob sich diese neuartige Machtverschiebung als Bedrohung oder als Chance für die internationale Politik erweisen wird. Ein aufschlussreiches Plädoyer für eine neue Weltpolitik und eine wegweisende Studie über das Zeitalter, das gerade erst begonnen hat. ♦

Glossen

Das Bonus-Geheimnis

Die Wirtschaft schwächelt, die Business-Class-Geschichten werden immer stärker – Martin Suter in Top-Form!

Die Managergehälter – wie kann es anders sein – sind ein unerschöpfliches Thema in diesen neuen und letzten Business-Class-Geschichten. Und – die zweite erogene Zone der Manageridentität – der saftige alljährliche Bonus. Ferner: Über Risiken und Nebenwirkungen beim Lancieren eines Aprilscherzes. Hilfreiche Tricks und Techniken für die rhetorisch geforderte Führungskraft. Über das bestgehütete Geheimnis der Wirtschaft – die Werbung. Über Humor als Führungsinstrument und – wozu

es ebenfalls des Humors bedarf – die Diskrepanz zwischen Eigen- und Fremdbildanalyse. Über die animalischen Folgen eines harmlosen Hexenschusses.

Maßnahmenpakete, um das chronisch gestresste Privatleben wieder in den Griff zu bekommen: Work-Life-Balance, Quality Time oder Family Fitness und vieles mehr. „Ultrakurze, geschliffene, tödliche Texte mit Pointe. Suters Blick ist frisch und böse“, schreibt „Die Wochenzeitung“ aus Zürich. ♦

☐ Stk.


Attac (Hg):

Wir bauen Europa neu.
Residenz Verlag,
St. Pölten/Salzburg 2009;
224 S., 17,90 €

☐ Stk.


Fareed Zakaria:

Der Aufstieg der Anderen.
Siedler-Verlag,
München 2009;
304 S., 23,60 €

☐ Stk.


Martin Suter:

Das Bonus-Geheimnis.
Diogenes Verlag,
Zürich 2009;
186 Seiten, 19,50 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



STEIERMARK

„Mut zu Erneuerungen an und mit der Basis“

Der steirische SPÖ-Abgeordnete Josef Muchitsch skizziert in „SPÖ Aktuell“ seine regionale Arbeit. Durch seine Erfahrungen an der Parteibasis bringt der Abgeordnete Vorschläge ein, neue Wege zu beschreiten.



NR-Abgeordneter Josef Muchitsch aus Leibnitz



Vor kurzem haben Sie in einem Interview eine Profilschärfung der Partei, vor allem auch von unten nach oben, gefordert! Was genau ist damit gemeint?

Wir müssen den Mut zu Erneuerungen an und mit der Basis haben, denn wir kapseln uns derzeit in internen Gremien ein bisschen ab. Dadurch sind wir in unseren Strukturen und Gremien „veraltet“ und lassen wenig Erneuerung zu.

Wie gehen Sie mit diesem Problem in Ihrem Bezirk um?

Im Wahlkreis Leibnitz-Deutschlandsberg, aus dem ich komme, gibt es 88 Gemeinden, in denen ÖVP-Mehrheiten

überwiegen, und 1.260 Vereine. Ich versuche, diese so oft wie möglich zu besuchen und vor allem den direkten Kontakt zu forcieren. Dadurch ist es mir möglich, die Botschaften der SPÖ und das, was sie erreicht hat, unter die Leute zu bringen. Natürlich bin ich dabei auch bereit, Kritiken einzustecken und Vorschläge mitzunehmen, um sie dort einzubringen, wo sie hingehören. Ich behaupte, dass das innerhalb der SPÖ nicht

mehr selbstverständlich ist. Das heißt, wir müssen den Kontakt zu den Menschen auf der Straße, am Wirtshaus etc. wieder verstärkt suchen.

Halten Sie die Besuche von Firmen und deren ArbeitnehmerInnen auch für sinnvoll?

Ja, sie sind bestimmt sinnvoll! Nur glaube ich nicht, dass alle Menschen, die die Möglichkeit haben, in Kontakt mit unseren SPÖ-Spitzen zu treten, auch den Mut haben, ihnen ihr Herz auszuschütten. Das passiert dann meist auf der zweiten oder dritten Ebene.

Machen es sich manche zu leicht, wenn sie auf „die da oben“ schimpfen?

Ja, leider! Es darf nämlich nicht passieren,

dass man sich, wenn man Kritik erntet, sofort auf das Mitjammern verlegt. Wir dürfen nicht den gleichen Fehler machen, wie damals unter Alfred Gusenbauer, dem man letztendlich alles Negative „umgehängt“ hat.

Gibt es Probleme bei der Mobilisierung der FunktionärInnen zum „Klinkenputzen“? Wenn ja, warum?

Ich persönlich habe damit keine Probleme. Aber Parteipolitik hat natürlich eine Sonderstellung und kann nicht mit Vereinspolitik verglichen werden. Und egal, ob man eine Ortspartei oder einen anderen Verein leitet, tatsächlich hängt die Mobilisierungsbereitschaft immervom jeweiligen „Leithammel“ ab. Wenn dieser eine Vorbildwirkung hat und dementsprechend vorausseilt – das ist wie bei den Schlittenhunden – ziehen die anderen auch mit.

Wie ist das Echo auf Ihre parteipolitische Arbeit?

Ich glaube ein sehr gutes. Das merke ich vor allem an der Besucherzahl bei meinen Sprechtagen, den zahlreichen E-Mail-Anfragen und Telefonanrufen. Ich darf mich über den persönlichen Kontakt zu den Menschen nicht beschweren, und es ist immer wieder sehr schön, wenn die Menschen bei Veranstaltungen auf mich zugehen. ♦

500 zusätzliche Arbeitsplätze



Erich Fenninger

Die Volkshilfe wird im heurigen Jahr 500 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Volkshilfe-Geschäftsführer Erich Fenninger wünscht sich aber mehr Investitionen der Länder im Pflegebereich. Das sei nicht nur zur Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern auch vor dem Hintergrund des steigenden Pflegebedarfes geboten. Denn während derzeit 560.000 Menschen pflegebedürftig sind, wird diese Zahl in 20 Jahren auf 800.000 steigen. Erfreut ist Fenninger über das Regierungsabkommen, in dem 2.000 Arbeitsplätze zusätzlich im Pflegebereich für die nächsten zwei Jahren festgehalten wurde. ♦

SPÖ-Bedenken gegen E-Voting



Sophie Wollner

VSSTÖ-Spitzenkandidatin Sophie Wollner steht dem E-Voting, das bei den nächsten ÖH-Wahlen eingesetzt wird, distanziert gegenüber. Dadurch könne eine freie und geheime Wahl nicht mehr garantiert werden. Ebenso kritisch zeigte sich SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter, für den die geäußerten Bedenken des VfGH-Präsidenten Holzinger „maximal ernst zu nehmen sind“. Nach den ÖH- und EU-Wahlen kündigte Kräuter Evaluierungen und Parteiverhandlungen zur Optimierung des Wahlrechts an: „Im Falle von demokratiepolitischen Defiziten werden wir glasklare Konsequenzen für die Zukunft ziehen.“ ♦

NIEDERÖSTERREICH

Kampf der Jugendarbeitslosigkeit



SPÖ Zimmer

Beste Ausbildung und Zukunftsperspektiven für unsere Jugend – dafür stehen Sozialminister Rudolf Hundstorfer und LHStv. Sepp Leitner.



Mit vereinten Kräften alles tun, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen – so lautet das Gebot der Stunde, das Sozialminister Rudolf Hundstorfer und

LHStv. Sepp Leitner zuletzt gemeinsam bekräftigt haben.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist eines der drängendsten Probleme unserer Zeit. Das zeigen auch Zahlen aus Niederösterreich, wo über 54.000 Menschen mit Ende Februar arbeitslos gemeldet waren. Gleich 8.689 davon sind jünger als 24 Jahre. Junge Menschen gehören zu den ersten Opfern der Arbeitslosigkeit, weiß Karl Fakler, Landesgeschäftsführer des AMS. „Wenn man sich von jemandem trennen muss,

dann sind es meistens zuerst jene, die am wenigsten lang im Unternehmen sind.“

Zukunftsperspektiven bieten

Für Leitner geht es jetzt darum, die Jugendarbeitslosigkeit entschlossen zu bekämpfen. Gesucht werden weitere

Unternehmen in Niederösterreich, die leerstehende Kapazitäten für überbetriebliche Lehrwerkstätten nützen können. Hier steht Zweierlei im Vordergrund: „Wir bieten den Jugendlichen eine Zukunftsperspektive und wir wirken dem FacharbeiterInnen-Mangel entgegen“, so Leitner, der gemeinsam mit Sozialminister Hundstorfer überbetriebliche Lehrwerkstätten in Hirtenberg und Berndorf besuchte.

500 Millionen Euro für Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit

Ganze 500 Millionen Euro sind es, die Sozialminister Rudolf Hundstorfer im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit einsetzt. Der größte Teil, nämlich 343 Millionen Euro fließen bundesweit in die Lehrlingsausbildung, 123 Millionen davon gibt es für überbetriebliche Lehrwerkstätten, so Hundstorfer zur Offensive gegen die Jugendarbeitslosigkeit. ♦

TIROL

Guter Draht nach Wien zahlt sich aus



Infrastrukturministerin Doris Bures hat diese Woche das Tiroler Konjunkturpaket für Straße und Schiene präsentiert.

Konkret werden die Investitionen für die ÖBB bis 2013 in einem Ausmaß von 1,2 Milliarden Euro um ein weiteres Konjunkturpaket in Höhe von 55,4 Millionen Euro für die Bahn aufgestockt; für die Straße sind zusätzliche acht Millionen Euro vorgesehen. Auch bezüglich der Regionalbahn wiederholte die Ministerin ihre definitive Zusage. „Die 32 Millionen Euro sind bereits im Rahmenplan für dieses ambitionierte Projekt vorgesehen. Damit liegt es nun bei Stadt und Land, die restliche Finanzierung sicherzustellen“, so der Tiroler SPÖ-Vorsitzende Hannes Gschwentner. Ein definitives „Ja“ gab es zudem auch zum Projekt Brennerbasistunnel. „Diese Nachrichten sind sehr erfreulich und beweisen unseren heißen



Testfahrt mit Ministerin: Doris Bures und Hannes Gschwentner in einer der neuen Niederflurstraßenbahnen in Innsbruck.

Draht nach Wien“, zeigte sich Gschwentner zufrieden.

Bures fährt auf neue Straßenbahn ab

Nach Terminen mit dem Landeshauptmann und Regierungsmitgliedern nahm sich Infrastrukturministerin Doris Bures

auch Zeit, um die Innsbrucker Verkehrsbetriebe zu besuchen. Geschäftsführung und Betriebsrat empfingen die Ministerin herzlich und führten sie durch den Betrieb. Von Geschäftsführer Martin Balthes erfuhr die Verkehrsministerin Details über Innsbrucker Besonderheiten bei der Organisation des Öffentlichen Nahverkehrs. So etwa, dass in Innsbruck ein Nachtnetz betrieben wird, das – im Unterschied zu vergleichbaren Städten – den Kunden und Kundinnen keinen Cent mehr kostet als der Tagesbetrieb. Und dass dieser Service keineswegs nur von NachtschwärmerInnen in Anspruch genommen wird, sondern auch von Menschen, die von der Arbeit nach Hause fahren. Dieser Kundenstock macht immerhin 30 Prozent der Nightline-NutzerInnen aus. ♦



Fabry

Jugend 2009: Erwachsensein als Zumutung?

Die heutige Jugend hat das Gefühl, dass man in dieser Gesellschaft nicht unbedingt auf sie wartet.



Viele junge Menschen sehen zurückhaltend und reserviert in die Zukunft.

Unserer Jugend lebt in einer Gesellschaft des permanenten Wandels. Was heute noch richtig und wichtig ist, ist morgen nichts mehr wert. Das gilt insbesondere für das Schulwissen. 50 Prozent von dem, was SchülerInnen heute lernen, ist innerhalb von 20 Jahren unbrauchbar. In technologiebezogenen Bereichen

„Unsere Gesellschaft muss wieder humaner, menschengerechter werden.“

verliert 50 Prozent des Gelehrten bereits nach drei Jahren seinen Praxisnutzen. Und auch das alltägliche Erfahrungswissen der Alten hat keinen dauerhaften Bestand. Für die Jungen bedeutet das, dass sie ohne durch Erfahrung erprobtes Wissen ihre Sozialisation selbst gestalten müssen.

Eine Welt, die sich dermaßen rasch verändert, wird von vielen Jugendlichen nicht mehr als Heimat, als Ort, an dem man sich wohl und geborgen fühlen kann, wahrgenommen. Die moderne Welt ist für die Jugend eine Welt der Herausforderungen und Zumutungen. Sie geht nicht mehr selbstbewusst, mit Freude und voller Lust am Abenteuer auf die Zukunft zu. Im Gegenteil. Viele sind zurückhaltend, reserviert, ja sogar ängstlich, wenn sie an ihr Erwachsenenleben denken. Der österreichische Autor Thomas Glavinic beschreibt das Lebensgefühl unserer Jugend treffend. „Erwachsen werden bedeutet nicht, freie Entscheidungen treffen zu dürfen, Erwachsen werden bedeutet, freie Entscheidungen treffen zu müssen.“ Weil unsere Gesellschaft einen äußerst unwirtlichen Eindruck macht, verzichtet die Jugend gerne auf die Entscheidungsfreiheiten der Erwachsenen und verbleibt so lange wie es nur geht im

elterlichen Haushalt. Vor allem Jugendliche aus den Mittelschichten ziehen immer später von zu Hause aus, heute im Durchschnitt mit 26 Jahren. Der Grund dafür ist klar. Sie haben das Gefühl, dass man da draußen in dieser Gesellschaft nicht unbedingt auf sie wartet.

Was müsste nun getan werden, damit sich die Jugend wieder auf ihre Zukunft freut, ihre ängstliche Zurückhaltung ablegt? Auf den Punkt gebracht lautet die Antwort: Unsere Gesellschaft muss wieder humaner, menschengerechter werden und das heißt, dass die Bedürfnisse der Menschen und nicht die des privaten Profits im Mittelpunkt stehen müssen. Denn das Grundübel unserer Zeit ist die „Ökonomisierung des Sozialen“. Damit ist gemeint, dass die Imperative des neoliberalen Marktes alle Gesellschaftsbereiche erfasst haben. Ob Gesundheitspolitik, Familienpolitik, Bildungspolitik etc., überall regiert primär das ökonomische Nutzendiktat. Der Mensch kommt dann irgendwo weit dahinter. Unter solchen Bedingungen aber hat unsere Jugend, der es primär darum geht, eine gute Bildung, eine erfüllende Arbeit, Sicherheit im Alltag und ein wenig Spaß zu haben, nicht das Gefühl, dass sie in unserer Gesellschaft wirklich ehrlich erwünscht und erwartet ist. ♦



G&G-Verlag,
Wien, 2007
Euro 18 €

Bernhard Heinzlmaier ist Mitbegründer und seit 2003 ehrenamtlicher Vorsitzender des Instituts für Jugendkulturforschung in Wien. Hauptberuflich leitet er die tfactory-Trendagentur in Hamburg.

TERMINKALENDER

Montag, 23. März

Migration ohne Ende: Vom Gastarbeiter zum Eurotürken



Bildbox

Migrantinnen sind in einer besonders schwierigen Situation.

Im Rahmen der Reihe: „Diaspora. Erkundungen eines Lebensmodells“ lädt das Bruno Kreisky Forum zu einem Vortrag der in Wien, als Tochter eines Türken und einer Deutschen, geborene Nermin Abadan-Unat ein. Die Philosophin referiert zur internationalen Arbeitsmigration, insbesondere aus der Türkei und zur Lage der Frauen in der türkischen Gesellschaft.

Beginn: 19 Uhr

**Bruno Kreisky Forum
für internationalen Dialog**

Armbrustergasse 15
1190 Wien

„Wie die Zelle wächst und manchmal Fehler macht“

„Dein Herz, deine Haut, dein Körper besteht aus einer riesigen Anzahl unterschiedlicher Zellen. Die Vorgänge in den Zellen sind für das Funktionieren deiner Körperorgane verantwortlich: Meistens funktioniert alles perfekt, aber manchmal geht auch etwas schief, und es entstehen Krankheiten“. Der Wiener Bürgermeister Michael Häupl und Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny laden zur 23. Wiener Kindervorlesung mit Univ.-Prof. Dr. Christoph Zielinski, der Kindern und Jugendlichen näherbringen wird, wie der menschliche Körper funktioniert und Krankheiten entstehen.

Beginn: 18 Uhr

Wiener Rathaus

1010 Wien

Dienstag, 24. März

Gesundheit mit Zukunft

Gesundheitsminister Alois Stöger spricht mit Wiens Gesundheits- und Sozialstadträtin Sonja Wehsely über die Sicherung und Weiterentwicklung des Gesundheitssystems, über Gesundheitsvorsorge und Prävention und – angesichts der drohenden Finanzkrise – über die Sicherstellung des solidarischen Finanzierungssystems.

Beginn: 19 Uhr

Wiener Bildungszentrum

Praterstraße 25
1020 Wien

Mittwoch, 25. März

Die soziale Lage der KünstlerInnen

Zwischen Wertschöpfung und öffentlicher Verantwortung: Die Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik lädt zu einer Podiumsdiskussion über die soziale Lage von KünstlerInnen in den SPÖ-Klub im Parlament ein.

Eine Anmeldung unter Tel.: 01/40110/3330 oder per e-mail veranstaltung@spoe.at ist unbedingt erforderlich.

Beginn: 18 Uhr

SPÖ-Klub im Parlament, Haupteingang,

Dr. Karl Renner-Ring 3
1010 Wien

Dienstag, 31. März

Zweifel an der Ökonomie – Vertrauen in die Politik?

Die ökonomische Krise als politischen Auftrag will diese Veranstaltung des Renner-Instituts beleuchten. Nach einer Begrüßung vom Direktor des Renner-Instituts, Karl Duffek, wird der Professor des Instituts für Arbeitsmarkttheorie und -politik (Universität Wien), Herbert Walther, einen Vortrag halten. Kurzreferate dazu wird es von u.a. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter geben. Moderiert wird der Abend von der stv. Direktorin des Renner Instituts, Barbara Rosenberg. Im Anschluss besteht die Möglichkeit zum Gespräch bei einem kleinen Imbiss.

Um Anmeldung wird gebeten: Renner-Institut, Abteilung Innenpolitik und politische Personalentwicklung,

Tel.: 01/804 65 01-0 oder per e-mail an:

post@renner-institut.at

Beginn: 18 Uhr

Renner-Institut

1120 Wien

Bis 11. April

Republikausstellung

Im Jahr 2008 feierte die Republik Österreich ihren 90. Geburtstag. Aus diesem Anlass ist im Parlament seit 12. November 2008 eine große Ausstellung zu sehen, die noch bis 11. April 2009 andauert. Unter dem Titel „Republik.Ausstellung 1918/2008“ stehen nicht nur die historischen Wurzeln der Republik im Fokus, auch die weitere Entwicklung Österreichs bis heute – mit allen wesentlichen Kontinuitäten und Brüchen – wird umfassend beleuchtet. Geöffnet ist die Ausstellung von Montag bis Freitag zwischen 9 Uhr und 19 Uhr, sowie an Samstagen zwischen 9 Uhr und 17 Uhr. Mehrmals täglich werden öffentliche Führungen angeboten. Der Ticketpreis beträgt ohne Führung 2 Euro, mit Führung 4 Euro. Kinder und Jugendliche können die Ausstellung kostenlos besuchen. Achtung: An Sitzungstagen des Nationalrats und des Bundesrats, an Feiertagen sowie an Tagen mit großen parlamentarischen Veranstaltungen ist kein Besuch der Ausstellung möglich.

Öffnungszeiten: 9 bis 19 Uhr

Parlament

Dr. Karl Renner Ring 1-3
1010 Wien.

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18

Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald

Demmel, Daniela Fazekas, Alexander Lutz,

Peter Slawik, Sabine Weinberger

Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion: Emil Goldberg, Coverfoto:

Bildbearbeitung: Max Stohanzl,

Sekretariat: Michaela Pavelka,

Tel.: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH.,

1014 Wien, Löwelstraße 18

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at

Homepage: www.spoe.at



Eine Reise nach Budapest

Unter dem Motto: „Mit der Wiener SPÖ Europa erleben“ veranstaltete die Wiener SPÖ-Bildung am 14. März eine Exkursion nach Budapest. Nicht weniger als 300 Interessierte reisten mit sechs Bussen in die ungarische Hauptstadt. Unter Leitung fachkundiger Experten konnten die TeilnehmerInnen Budapest erkunden und genießen. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg und alle die dabei waren, waren von der Exkursion begeistert.



Wenzel

Südtirol zu Besuch am Ballhausplatz

Bundeskanzler Werner Faymann empfing vor kurzem Luis Durnwalder (re. Im Bild), den Landeshauptmann von Südtirol, einer Region, mit der sich Österreich schon immer stark verbunden fühlte. Auch Elmar Pichler Rolle, der Vorsitzende der SVP, die üblicherweise eher Kontakte mit ÖVP und CSU pflegt, ließ es sich nicht nehmen, den Kanzler zu besuchen.

Stöger und Morales im Kampf gegen illegale Drogen

Am Rande der Drogenkonferenz der Vereinten Nationen in Wien traf Gesundheitsminister Alois Stöger Boliviens Präsidenten Evo Morales zu einem informellen Gespräch zum Thema internationale Drogenproblematik. Morales versuchte bei Stöger Verständnis für eine Balance zwischen dem Kampf gegen illegale Drogen und Respekt gegenüber der traditionellen Verwendung der Koka-Blätter in seinem Land zu schaffen.



BMG